

Feministische Außenpolitik als Perspektiverweiterung

Dr. Stefan Mair und Dr. Claudia Zilla

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Feministische Außenpolitik (FAP) ist ein normativer außenpolitischer Ansatz. Faktisch wird Außenpolitik entlang von Werten und Interessen, von Prinzipien und Bedürfnissen, von Zielvorstellungen und Notwendigkeiten gestaltet. Zwar müssen diese Dyaden keine Gegensätze darstellen, häufig ergeben sich jedoch *trade offs* – nicht nur zwischen den Kategorien, sondern auch innerhalb dieser. So gibt es Prinzipien, die (wie internationale Schutzverantwortung und Nichtintervention) in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. In der Praxis sind außenpolitische Entscheidungen immer das Ergebnis von Erwägungen, Priorisierungen, Aushandlungsprozessen, Machtverhältnissen und sozialen Kämpfen. Eine wertebasierte Außenpolitik kann also realiter nur den Anspruch erheben, sich *maßgeblich* an Werten zu orientieren – womit sich die Frage stellt, *welche Werte* handlungsanleitend sein sollen und *warum*.

Vor allem hier setzt FAP mit ihrem transformativen Potential an. Als normativer Ansatz zielt FAP – ausgehend von einer Genderperspektive – darauf ab, Machtasymmetrien, die mit Exklusion, Marginalisierung und Unterdrückung einhergehen, sichtbar zu machen und zu dekonstruieren. Damit richtet sich FAP gegen den Status quo, denn diese hierarchischen Verhältnisse entstehen nicht nur dort, wo die liberale, regelbasierte, multilaterale internationale Ordnung nicht greift, sondern sie werden in bestimmten Fällen (Institutionen und Politikfeldern) auch durch diese Ordnung stabilisiert bzw. befördert. Das emanzipatorische Ziel von FAP ist es nicht nur, dass benachteiligte Gruppen ihre Eigenständigkeit erlangen, sondern auch, dass Gesellschaften und die internationale Ordnung grundsätzlich gerechter und friedlicher organisiert werden. Dies käme *allen* Menschen zugute.

Im Sinne von FAP wurden (und werden) theoretisch-wissenschaftlich wie politisch-pragmatisch Prinzipien, Instrumente und Handlungsweisen entwickelt, um auswärtige Politik *feministisch* zu gestalten. Dabei wird u. a. auf die Agenda »Frauen, Frieden und Sicherheit« und die Erfahrung Schwedens (mit seinem Fokus auf Frauen und Mädchen als Akteurinnen und Zielgruppen) als Vorreiter einer FAP Bezug genommen. Soll aber diese feministische Prägung in der Außenpolitik gemäß einer transformativen Ambition nicht lediglich einen abmildernd-stabilisierenden Effekt auf die Missstände dieser Welt (Gewalt, Hunger, Klimawandel etc.) haben, dann muss FAP über Gleichstellung, Gendermainstreaming und Diversitätsmanagement hinausgehen. Die herrschenden »Selbstverständlichkeiten« sind aus feministischer Perspektive kritisch zu hinterfragen.

Hierzu gehört u. a. die Antwort auf Gewalt mit Gegengewalt und Sanktionen. Doch auch wenn im Sinne von FAP für Abrüstung plädiert wird, ergibt sich daraus kein pazifistischer Imperativ. Das macht sich bemerkbar in der aktuellen Diskussion um die Waffenlieferungen in die Ukraine: Sowohl Stimmen, die die Waffenlieferungen befürworten, als auch jene, die sie kritisieren, greifen u. a. auf feministische Argumente zurück. Denn in extremen Situationen wie dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt sich ein doppeltes Dilemma, das für normative Ansätze charakteristisch ist und daher auch für FAP gilt. Zum einen geht es um das Zweck-Mittel-Verhältnis: Welche Instrumente sind gemäß FAP zulässig, um die eigenen Werte bzw. Prinzipien zu schützen? Soll im Sinne von FAP etwa auf den Einsatz von Waffen zur Verteidigung der Bevölkerung und der eigenen Prinzipien gegen kriegerische Machtprojektion verzichtet werden? Eine positive Antwort auf diese Frage impliziert die Hoffnung, dass andere mit FAP kompatiblere Instrumente die gewünschte Wirkung entfalten und sich die durch FAP vertretenen Werte gegen patriarchale Strukturen längerfristig durchsetzen würden. Auch müsste der Schaden mit berechnet werden, der zwischenzeitlich durch die Aggression angerichtet würde. Oder sind in einem solchen Fall die Anwendung von Gegengewalt sowie militärische Unterstützungsleistungen

aus der Perspektive einer FAP annehmbar, um die Bevölkerung und die eigenen Werte zu schützen und letztendlich bei den Opponenten Geltung zu verschaffen? Bei affirmativer Antwort gewinnt diese Option sicherlich in dem Maße an Legitimität, als sie – nach Überprüfung alternativer Verteidigungsstrategien – als letzte Ratio verhandelt wird. Zum anderen geht es um Spannungsverhältnisse innerhalb des Normenkomplexes: Welche der vertretenen Werte sollen bei der Wahl der Mittel ausschlaggebend sein? Wie sollen die verfolgten Ziele (zeitlich) priorisiert werden? Wie auch andere normative Ansätze definiert FAP keine klare Wertehierarchie, die beispielsweise dem Frieden Vorrang vor Gerechtigkeit und der Emanzipation marginalisierter Gruppen einräumt; vielmehr muss der immanente Wertekonflikt immer wieder neu ausgetragen und situativ entschieden werden.

Dieses doppelte Dilemma sowie der Umstand, dass es verschiedene Verständnisse von Feminismus gibt, haben zur Folge, dass es in zahlreichen Fällen keine eindeutige Entscheidungsoption im Sinne von FAP gibt. Doch FAP erschöpft sich nicht in einem Ja oder Nein zu Waffenlieferungen. Vielmehr stellt FAP Anforderungen an die Gestaltung von Entscheidungsprozessen und Politikimplementierung vor bzw. nach dem Entscheidungsergebnis. Hier kommt die reflexive, methodische Dimension von FAP zum Tragen. FAP beginnt mit der Aufdeckung der situativen Bedingtheit und der Bewusstmachung der eigenen – im Falle Deutschlands und der EU privilegierten – Position; sie nimmt ihren Anfang im Blick auf die Welt, in der Diagnose globaler Probleme, in der Analyse internationaler Zusammenhänge – lange bevor außenpolitische Instrumente und messbare Indikatoren zum Einsatz kommen. FAP stellt den Anspruch, intersektionale, vielfältige Perspektiven – vor allem jene subalternen, also nicht-dominanter Gruppen – einzubeziehen, die Effekte unseres außenpolitischen Handels auch auf – von uns aus betrachtet – »periphere« Akteure und Akteurinnen zu reflektieren. FAP nimmt die Verschiedenheit der Menschen und ihrer Standpunkte ernst und stellt somit dominante Perspektiven, die häufig vorschnell für universal erklärt werden, infrage. FAP ist der Versuch, Perspektiven aus Situationen des Ausschlusses zu berücksichtigen und zwar nicht nur, indem man sie bedenkt, sondern auch, indem man Partizipationsräume für die sie tragenden Menschen schafft. Damit wird der Zugang zur Realität erweitert, die Erzählung über internationale Konflikte und Weltprobleme sowie über mögliche Bewältigungsstrategien und Lösungsansätze wird vielstimmiger, vollständiger, komplexer.

FAP hebt den normativen Maßstab für politische Entscheidungen und deren Begründung. FAP fördert das kritische Nachdenken darüber, was wir eigentlich tun, wenn wir tun, was wir tun, wer davon wie betroffen ist, was dabei nicht bedacht ist, wessen Interessen es dient – auf wessen Kosten. In der Demokratie erfolgt eine solche Reflexion durch Argumentation und Verhandlung in der Öffentlichkeit. Die Diskussion über Sinn und Zweck von Sanktionen und Waffenlieferungen mag ergebnisoffen sein, doch FAP fordert dazu auf, diese Art von Debatte zu führen – und zwar auf pluralistisch-inklusive Weise. Auf der Basis eines solchen feministischen Ansatzes gibt es die Chance, dass man in Deutschland bzw. Europa beispielsweise zu der Einsicht kommt, dass es in der Frage des Umgangs mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine keine kontextunabhängige, evident richtige Positionierung gibt. Man könnte zu der Erkenntnis gelangen, dass unser Selbstbild nicht (immer) mit dem übereinstimmt, wie andere uns wahrnehmen und erfahren. Wenn sich Deutschland bzw. Europa – trotz unserer relativen Machtposition – die Mühe machen, stärker von anderen Perspektiven zu lernen, könnten uns in der Außenpolitik einige Überraschungen und Fehleinschätzungen erspart bleiben. Hier liegt auch ein utilitaristisches Argument für eine wertebasierte FAP.

Dr. Stefan Mair



Dr. Stefan Mair ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Nach seinem Studium der Politischen Wissenschaften an der LMU München sowie der anschließenden Promotion arbeitete er in verschiedenen Positionen an der SWP, erst als Afrikareferent, zuletzt als Forschungsdirektor. Von 2010 bis 2020 war er Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI). Forschungsschwerpunkte sind außenpolitische Herausforderungen Deutschlands und der EU, geopolitische und geökonomische Dynamiken sowie Außenwirtschaftspolitik.

Dr. Claudia Zilla



Dr. Claudia Zilla ist Senior Fellow an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, wo sie seit 2005 zu Lateinamerika, EU- bzw. deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen und aktuell auch zu feministischer Außenpolitik forscht. Zwischen 2012-2019 leitete sie die SWP-Forschungsgruppe Amerika. 2014/15 war sie Fritz Thyssen Fellow am Weatherhead Center for International Affairs der Harvard University in Cambridge, MA. Ihr Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie absolvierte sie an der Universität Heidelberg, wo sie auch promoviert wurde.